



Missionen am Horn von Afrika zeigen Wirkung

Missionen am Horn von Afrika zeigen Wirkung
Zahl der Piraten-Attacken nimmt ab
Einer Untersuchung der US Navy zufolge nimmt derzeit die Zahl von Attacken durch Piraten am Horn von Afrika ab. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder: "Der Bericht der US Navy zeigt, dass sich die internationalen Bemühungen um die Eindämmung von Piraterie am Horn von Afrika auszahlen. Unser Einsatz für die Sicherheit der Seewege ist aber auch weiterhin gefordert, sowohl hinsichtlich der Lieferung von Hilfsgütern nach Somalia als auch für die Gewährung eines freien internationalen Handelsverkehrs. Wie die Bundesregierung beschlossen hat, wird Deutschland neben der Beteiligung an der Operation ATALANTA künftig auch die EU-Mission EUCAP NESTOR unterstützen. Mit ATALANTA leistet die EU bereits seit 2008 einen Beitrag zur Pirateriebekämpfung und schützt die Lieferungen des World Food Programms auf dem Weg zur somalischen Bevölkerung. EUCAP NESTOR wird nun neben Somalia auch Djibouti, Kenia und den Seychellen helfen, eigene Kapazitäten zur Sicherung ihrer Seegebiete auszubauen. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird damit ein weiterer wichtiger Beitrag zur Schaffung maritimer Sicherheit am Horn von Afrika geleistet." Hintergrund: Die US Navy hat eine Untersuchung veröffentlicht, in der ein Rückgang von Piraten-Attacken am Horn von Afrika festgestellt wird. Ursache dafür seien sowohl die Patrouillen internationaler Sicherheitskräfte als auch die erhöhte Wachsamkeit von Handelsschiffen, welche den westlichen Indischen Ozean durchfahren. Dennoch gäbe es keinen Grund zur Entwarnung. Die Bundesregierung hat zuletzt am 15. August beschlossen, die EU-Mission EUCAP NESTOR personell zu unterstützen. EUCAP NESTOR ist eine zivil geführte Mission der EU, die zusätzlich zur Operation ATALANTA Somalia und den Nachbarstaaten Kenia, Djibouti und den Seychellen dabei helfen soll, eigene Kapazitäten zur Kontrolle der Gewässer am Horn von Afrika aufzubauen. Sie wurde am 16. Juli 2012 vom Rat der Europäischen Union beschlossen. Kontakt: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_506203 width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.